



Deutsche Waldjugend Landesverband Hessen e.V.
der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

Thingsbeschluss zum Umgang mit der Einsicht und Dokumentation erweiterter Führungszeugnisse (Thing 2020)

Hintergrundinformationen zum Antrag

Die Deutsche Waldjugend ist ein staatlich anerkannter Verein mit dem Zweck der Bereitstellung außerschulischer Jugendbildung in den Bereichen Umwelt- und Naturschutz. Um ein mögliches Risiko an Kindeswohlgefährdung zu minimieren, muss eine Kultur der Aufmerksamkeit gefördert und größtmöglicher Schutz durch ein stärkendes und transparentes Umfeld geschaffen werden.

Seit 2012 ist das Bundeskinderschutzgesetz (BKiSchG) in Kraft. Dieses schließt einschlägig Vorbestrafte präventiv von Tätigkeiten im Kinder- und Jugendnahen Bereich aus, damit sie kein Näheverhältnis zu den Kindern und Jugendlichen unseres Vereins aufbauen und ausnutzen können. Dies regelt das Gesetz durch eine Einsicht in das erweiterte Führungszeugnis.

Thingsbeschluss

Jede Person ab dem vollendeten 16. Lebensjahr, die für die DWJ Hessen tätig wird und dabei in Wahrnehmung von Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe Kinder und Jugendliche beaufsichtigt, betreut, erzieht oder ausbildet oder einen vergleichbaren Kontakt hat, muss dem Horstleiter oder einer von den Horsten zu bestimmenden Person ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen, wenn auf sie eines oder mehrere der folgenden Kriterien zutrifft/zutreffen:

- a) engagiert sich als Gruppen- oder Veranstaltungsleitender
- b) bekleidet ein Amt in der DWJ Hessen oder eine dauerhafte Aufgabe
- c) nimmt an mehrtägigen Veranstaltungen der DWJ Hessen oder regelmäßig an Gruppenstunden teil
- d) hat in einer vergleichbaren Intensität Kontakt zu Minderjährigen in der DWJ Hessen

Zudem muss jede Person ab dem vollendeten 15. Lebensjahr, auf die Kriterium a) oder b) zutreffen, ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen.

Von dieser Regelung kann abgewichen werden, wenn nach § 72a SGB VIII aufgrund von Art, Intensität und Dauer des Kontakts eine Einsichtnahme nicht erforderlich ist. Die Entscheidung, ob eine Person von der Vorlagenpflicht befreit wird, kann nur durch die jeweiligen Zuständigen vor Ort (Veranstaltungsleiter, Horstleiter etc.) zusammen mit einer Person des geschäftsführenden Vorstands der DWJ Hessen getroffen werden. Von der Vorlagepflicht befreite Personen haben eine Selbstverpflichtungserklärung zu unterzeichnen.

Außerdem soll das Thing einen Dokumentationsbeauftragten und seinen Stellvertreter benennen, der die Dokumentation für den Landesverband übernimmt. Er dient auch als erster Ansprechpartner für alle Mitglieder im Verein bei Fragen bezüglich der Einsicht der Führungszeugnisse. Die Wahl erfolgt durch das Landesthing für die Dauer von drei Jahren, analog der Wahlperiode der Landesleitung.



Deutsche Waldjugend Landesverband Hessen e.V.
der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

Die erweiterten Führungszeugnisse der Horstleiter (oder die von den Horsten zur Einsicht bestimmten Personen), der Landesleitung und der Personen, die keinem Horst zugehörig sind, sollen vom Dokumentationsbeauftragten und das erweiterte Führungszeugnis des Dokumentationsbeauftragten vom Landesleiter eingesehen werden. Sollte eine vorzeigepflichtige Person der im Horst zuständigen Person das Führungszeugnis nicht zeigen wollen, muss dieses direkt dem Dokumentationsbeauftragten des Landesverbandes vorgezeigt werden.

Bei Verweigerung oder Nichtvorlage des erweiterten Führungszeugnisses erfolgen zwei schriftliche Ermahnungen durch den Dokumentationsbeauftragten mit Fristsetzung von jeweils vier Wochen zur Einreichung des Antrags auf Ausstellung eines erweiterten Führungszeugnisses bei der zuständigen Behörde sowie der anschließenden Vorlage. Bei Verstreichen der beiden Fristen erfolgt ein temporärer zeitnaher Ausschluss der Person von allen Vereinsaktivitäten durch die Landesleitung. Die Entscheidung über einen Ausschluss erfolgt danach gemäß §6 der Satzung auf dem nächsten Thing.

Versäumnisse des Dokumentationsbeauftragten gehen nicht zu Lasten des Betroffenen.

Vom Dokumentationsbeauftragten wird ein Merkblatt mit allen relevanten Hinweisen für den Horstleiter oder den vom Horst zur Einsicht bestimmten Person erstellt. Dieses steht im internen Bereich der Homepage zum Download zur Verfügung und wird jedem neu gewählten Horstleiter nach Bestätigung durch die Landesleitung durch den Dokumentationsbeauftragten automatisch übersendet. Hierin wird der Verantwortliche über alle Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Einsichtnahme sowie der Dokumentation aufgeklärt.

Zunächst unterschreibt der Horstleiter (oder eine von den Horsten zur Einsicht bestimmte andere Person) eine Verschwiegenheitserklärung, die dieser von der Geschäftsstelle zugeschickt bekommt und auch dorthin wieder zurücksendet. Dann nennt der Horstleiter (oder die von den Horsten zur Einsicht bestimmte Person) der Geschäftsstelle alle Personen mit Namen, Geburtsdatum und Geburtsort, die ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen müssen. Die Geschäftsstelle schickt dann die ausgefüllten Anträge zur kostenlosen Beantragung eines erweiterten Führungszeugnisses zurück zum Horstleiter (oder zur von den Horsten zur Einsicht bestimmten Person), der die Anträge an die jeweiligen Personen aushändigt.

Jede Person gemäß dem Kriterienkatalog geht dann zur Meldebehörde und beantragt sein erweitertes Führungszeugnis, welches dann direkt nach Hause geschickt wird. Dieses erweiterte Führungszeugnis hat nach Ausstellungsdatum eine Gültigkeit von drei Monaten, in denen der Horstleiter (oder der von den Horsten zur Einsicht bestimmten Person) das erweiterte Führungszeugnis eingesehen haben muss.

Vor der Einsicht lässt sich der Horstleiter eine „Einwilligung zur Datenspeicherung“ aller Vorzeigepflichtigen gemäß den gesetzlichen Regelungen unterschreiben. Dann ist wichtig: Der Horstleiter (oder die von den Horsten zur Einsicht bestimmte Person) dokumentiert in einer Liste (siehe Merkblatt) nur den Namen der Person und das Datum der Einsicht und, dass keine Eintragungen nach §72a SGB VIII vorliegen! Sollte eine Eintragung nach §72a SGB VIII vorliegen, wird nichts dokumentiert und der Dokumentationsbeauftragte kontaktiert. Eine weitere Teilnahme an allen Veranstaltungen und Vereinsaktivitäten der DWJ Hessen ist ausgeschlossen. Weitere Maßnahmen sind gemäß gültigem Schutzkonzept zu treffen. Über alle Eintragungen im Führungszeugnis bedarf es der Geheimhaltung.



Deutsche Waldjugend Landesverband Hessen e.V.
der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

Die erweiterten Führungszeugnisse der Horstleiter (oder der von den Horsten zur Einsicht bestimmten Personen), der Landesleitung und der Personen, die keinem Horst zugehörig sind, werden von dem Dokumentationsbeauftragten eingesehen, der auch eine Verschwiegenheitserklärung unterzeichnet. Das erweiterte Führungszeugnis von dem Dokumentationsbeauftragten wird vom Landesleiter eingesehen, der auch der Geheimhaltung unterliegt.

Der Dokumentationsbeauftragte dient auch als erster Ansprechpartner für alle Vorzeigepflichtigen im Verein bei Fragen bezüglich der Einsicht der Führungszeugnisse. Er darf offen mit den einsehenden Personen reden, da alle der Geheimhaltung verpflichtet sind.

Bei Veranstaltungen der DWJ Hessen, bei der Minderjährige teilnehmen, muss der Veranstaltungsleiter in Form von einer Abfrage beim Dokumentationsbeauftragten sicherstellen, dass alle Teilnehmer, auf die mindestens ein oben genanntes Kriterium zutrifft, ein erweitertes Führungszeugnis vorgelegt haben. Er kann auch selbst ein erweitertes Führungszeugnis einsehen, dies wird aber nicht dokumentiert. Der Veranstaltungsleiter unterschreibt vorher eine Verschwiegenheitserklärung.

Die Einsicht erfolgt ab 2019 in einem 5- Jahresrhythmus, sofern die oben benannten Kriterien noch auf eine Person zutreffen. Innerhalb der 5 Jahre erfolgt unmittelbare Einsicht bei Eintritt neuer Mitglieder, die auf Grund der oben genannten Kriterien ein erweitertes Führungszeugnis vorzeigen müssen. Ebenfalls unmittelbare Einsicht erfolgt bei Überschreiten der Altersgrenze von 15 bzw. 16 Jahren. Diese Personen werden anschließend mit dem gesamten Verein im 5 Jahresrhythmus kontrolliert, unabhängig wann die erste Einsicht in den vorherigen Jahren stattfand. Der Dokumentationsbeauftragte erinnert im ersten Monat des Jahres der Einsicht alle Horstleiter (oder die von den Horsten zur Einsicht bestimmten Personen) daran.

Für eine Ortsgruppe, die eine Vereinbarung mit dem zuständigen Jugendamt abgeschlossen hat, sind die dortigen Festsetzungen übergeordnet, sofern sie mindestens denen des Landesverbandes entsprechen. Der Dokumentationsbeauftragte bekommt dann Einsicht in die Dokumentation des Horstleiters oder der in der Vereinbarung mit dem Kreisjugendamt genannten Person.

Weiterhin hält der Landesverband, wie bereits mit dem „Präventions- und Interventionskonzept zum Schutz des Kindeswohls“ beschlossen, Ansprechpartner (Vertrauenspersonen) bereit. Diese dienen als Ansprechpartner bei Unsicherheiten und Verdachtsmomenten und unterstützen euch beim weiteren Vorgehen.

Dieser Beschluss ersetzt den Thingbeschluss vom 24.03.2019 in Hanau.